

# Vogel: „Ich habe die kalte Fratze des Kapitalismus gesehen!“

Als es um die Kali-Grube in Bischofferode ging, war es fünf vor Zwölf im Lande

Von Hans Hoffmeister

**Bischofferode/Erfurt.** Träume sollten wahr werden beim Aufbau des neuen Thüringen nach der Wende. Doch dieser Traum wurde zum Alptraum. „Ich habe die kalte Fratze des Kapitalismus gesehen!“ Das sagte nicht etwa ein Machthaber zu sozialistischen Zeiten. Das blieb sehr früh dem thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) vorbehalten. Dabei ging es um die Abwicklung, ja – unvorstellbar – die Vernichtung eines Industriestandortes, der tatsächlich sanierungsfähig gewesen wäre. Im nordthüringischen Bischofferode ging es darum, die Frage zu beantworten, ob das westdeutsche Unternehmen „Kali + Salz“ sein Monopol auf dem europäischen Markt auf Ostdeutschland ausdehnen würde oder ob sich hier eine eigenständige Kali-Industrie entwickeln dürfte?

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Sie durfte genau dies nicht – und wegen dieser Frage hätte beinahe der Osten „gebrannt“. Der mögliche Entwicklungsweg wurde von Kanzleramtsminister Friedrich Bohl im Auftrag seines der Kali + Salz-Mutter BASF besonders verbundenen Kanzlers Helmut Kohl verhindert. Obwohl in Bischofferode so hochwertige Salze abgebaut wurden, dass sie durch den Export nach Norwegen stets ein für die DDR hochqualifizierter Devisenbringer gewesen war, wurde der Standort schlechtgeredet und mit dem probaten Argument der Werra-Versalzung behauptet, die Westdeutschen hätten die bessere Grube.

Dabei gab es sogar einen mittelständischen Investor aus dem Warburger Land nahe Kassel, der das Bischoffer-

oder Salz optimal vermarkten wollte. Die Experten in Bischofferode selbst konnten alles mit hoher Kompetenz mittels betriebswirtschaftlicher Grundanalysen nachweisen: das Produkt, das einleuchtende unternehmerische Konzept sowie dass der Standort noch 60 Jahre Zukunft haben und die Arbeitsplätze sich rechnen würden, es mithin eine gute, stabile Chance gebe.

Statt an diesem sehr transparenten Beispiel Denkmuster zu durchbrechen, wurde eine simple Marktberaumung beschlossen – und durchgeführt.

Als das Unvorstellbare allmählich einer immer breiteren Öffentlichkeit in seinen Konsequenzen klar wurde und schließlich auch deutschlandweit eine nie erlebte Protestwelle anrollte, rechnete Treuhand-Chefin Birgit Breuel alle Beträge zusammen, die durch Abfindungen zusammenkommen würden – und zettelte in einer großen überregionalen westdeutschen Zeitung eine Eifersuchtskampagne an, die geeignet war, das West-Ost-Verhältnis nachhaltig zu beschädigen.

## ■ Aber als es darauf ankam, da wackelte der Ministerpräsident

Breuel setzte sich durch. Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel, der 20 Jahre nach der Wende noch immer im Brustton der Überzeugung schimpfen sollte, erwies sich – als es darauf ankam – im Treuhand-Ausschuss in Düsseldorf als wenig standfest. Er enthielt sich der Stimme, fuhr nach Erfurt zurück und verkündete sei-

nen Kabinettsmitgliedern, von denen eines dann im TLZ-Gespräch plauderte: „Wir machen es jetzt so, wie Bonn es will!“

Doch vor das Ende hatten die Bergleute den Kampf gesetzt. Es war der zähe Kampf, eine Chance (Ost) zu bekommen – gegen alle Widerstände (West). Sogar die Westgewerkschaft IG Bergbau hatte die Grube schon aufgegeben, demonstrierte in Kassel gegen die ostdeutschen Kumpel.

Die politischen Instanzen und Parteien in Thüringen versagten in Serie. Bei der CDU waren mit dem Diktum von Bernhard Vogel, der noch vor Ort 500 Meter unter Tage gefahren und von den Kumpeln bitter empfangen worden war („wir können Ihr Lachen nicht ertragen“), die sprichwörtlichen Messen gesungen. Bei der SPD versprach deren späterer Vormann Christoph Matschie die Veröffentlichung des (geheimen) Kali-Vertrages, was er 20 Jahre nach der Wende noch immer nicht einhalten sollte.

Lediglich einer, ein gelernter Einzelhandelskaufmann, der vom Thema überhaupt keine Ahnung hatte, begriff Schritt für Schritt, worum es wirklich ging. Er hegte die Hoffnung, in Bischofferode

seien, so klar wie die Dinge lagen, neue Wege möglich und die von aller Welt im Munde geführten „Denkmuster“ könnten hier einmal durchbrochen werden – vielleicht sogar als Vorbild für den Aufbau Ost.

Der Mann war sogar – so sollte er es später jedenfalls erzählen – bereit, „bei denen“ selber aktiv mitzumachen. „Die“ – das waren die CDU und ihre Regierung. Der Mann hieß Bodo Ramelow. Er

war damals in Hessen Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV). Mit der PDS, die er später führen sollte, hatte er damals noch nicht so viel am Hut. Jedoch der Kali-Kampf sollte ihn der SED-Nachfolgepartei verschärft in die Arme treiben.

Die später angestrebten „Reformen“ der alten Kader in der PDS sollten ihm nicht gelingen, wohl aber eine respektable Aufbauleistung der eines Tages „Die Linke“ genannten Partei, die bald größte Opposition in Thüringen werden sollte und hier schließlich nach dem Wähler-Absturz bei der CDU unter Dieter Althaus um ein Haar eine rot-rote Koalition anführen würde.

## ■ So wurde der katholische Glaube wirklich gelebt

Der Kali-Kampf machte Ramelow zu einem konzeptionell denkenden Profi, nicht selten gar zu einem Vordenker, der mit einem eher stillen Typ, dem Betriebsratsvorsitzenden Heiner Brodhun, die Geschicke emotionsfrei und absolut rational nicht nur zu analysieren, sondern auch in lösungsgerechte Bahnen zu lenken verstand. „Emotionsfrei“ – das bedeutete nicht generell emotionslos! Während der evangelische Christ Ramelow erst einmal beeindruckt war, wie jeden Sonntag die Kumpel mit einem ökumenischen Gottesdienst begannen – und zum ersten Mal begriff, wie katholischer Glaube gelebt wurde (zum Zehnjährigen sollte in der Katholischen Kirche zu Bischofferode eine Predigt des Pfar-

rers vom Stapel gehen von der Art, wie sie Ramelow niemals auf einem Parteitag würde halten können), identifizierte sich Brodhun leise und zäh mit seiner Region: Die Betroffenen hielten alle zusammen – für ihre Heimat, für ihren Boden, aus dem ja das Kali kam!

Es handelte sich um eine zutiefst demokratische Art eines Arbeitskampfes. Die Betroffenen entschieden selbst jeden Schritt. Die Gewerkschafter waren lediglich die Helfer, so wie es auch die Abgesandten der Thüringer PDS-Fraktion mit Roland Hahne mann als Vorsitzendem der Linken Liste war.

Der Niedergang, ein dramatisches Crescendo, an dessen Ende die Kapitulation stehen sollte, begann am 20. Dezember 1993 mit der letzten Demo vor dem in riesigen Ausmaßen abgesperrten Erfurter Landtag, hinter dem eine Hundertschaft mit Hunden lag. Die Kali-Kumpel waren nach Erfurt marschiert – mit so viel Wut und Verzweiflung, dass man fürchten musste, sie könnten den Landtag stürmen.

Dort, im Thüringer Parlament, kriegte der SPD-Fraktionsvorsitzende und spätere Vizeministerpräsident Gerd Schuchardt den Hinweis: „Du musst rauskommen! Von den Oberen zeigt sich niemand.

Du musst reden!“ Schuchardt folgte sofort dem Appell. Danach kam auch Wirtschaftsminister Franz Schuster (CDU), der – anders als später Dieter Althaus beim bedrängten Fahrradwerk in Nordhausen – eines niemals war: feige! Schuster stellte sich, be raumte gar eine Besprechung im Landtag-Hochhaus an.

Die PDS/Linke Liste hatte die Demonstranten als eine Art Ventil in ihren Landtagsflur eingeladen, was Druck herausnahm, aber die Dramatik steigerte. In der winzigen PDS-Kopierbude saß Heiner Brodhun, er war CDU-Mitglied, wie ein waidwundes Tier, nicht in der Lage, zu reden. Erst Stunden später war er fähig, mit seinen eigenen Leuten, den CDU-Freunden, zu sprechen.

## ■ Würde jetzt die Niederlage noch zur Katastrophe?

Das Echo war erschütternd: „Schluss, aus, Feierabend! Hörst auf mit dem Gezänk.“ So wurde Brodhun kalt abserviert. Und Ramelow begriff, dass er jetzt alles in seiner Kraft Stehende tun müsste, damit die Niederlage nicht auch noch zur Katastrophe würde. Denn die Lage spitzte sich zu.

Es gab mittlerweile keinen deutschen und keinen internationalen Sender, von Antenne Thüringen über die Tagesschau bis zur BBC, wo nicht über die Lage wegen Bischofferode unter Hochspannung berichtet wurde. Vor der Treuhand-Anstalt in Berlin war soeben ein offensichtlicher Provokateur mit einer Waffe am Mann und einem Stein in der Hand als Zivilpolizist enttarnt worden.

Die PDS hatte die Aktion „Fünf vor Zwölf“ gestartet. Im Rudolstädter Faserwerk drohte die Stimmung zu kippen.

Dort hatte ein Malaysier Millionen Investitionsgelder eingesackt und sich davon gemacht.

In solcher Stimmung – im Zimmer des Werkleiters vor Ort war bereits ein Computer durch das geschlossene Fenster geflogen – konnten die Kumpel von Bischofferode es nicht verarbeiten, dass sie verloren hatten. Zum 31. Dezember sollte Ende sein. Die Betriebsgenehmigung lief dann aus. Und eine Stilllegung nur um drei Tage würde durch die Laugen-bedingte Korrosion das Werk irreparabel beschädigen.

Bodo Ramelow erinnerte sich an die Dramatik dieser Stunden: „Einer vom Solidaritätskommando sollte immer da sein – rund um die Uhr. Ich war am zweiten Weihnachtstag dran. An Heiligabend kam der Alarmruf: ‚Die schlagen sich in ihrer Küche und auf dem Betriebsratsflur.‘ Den Kumpeln gingen die Nerven durch. Ich sagte mir: Ich fahr los! – im hohen Schnee von Hessen über Göttingen über den Berg. Am 25. morgens sah ich die Bescherung. Keiner redete mehr mit dem anderen. Nur gegenseitige Schuldzuweisungen dieser Art: Vielleicht hast du dich schon kaufen lassen... Da half nur noch kühle Rationalität.“

Mit den jungen Leuten diskutier te Ramelow eine Beset-

zung der Grube. Er war am Zuge: Denn Kali + Salz hatte die Verhandlungen eingestellt, alle Herren waren in Urlaub aufgebrochen. Die betriebsrechtliche Erlaubnis für das produzierende Werk lief ein paar Tage später ab. Die Androhung fristloser Kündigungen lag auf dem Tisch. Damit hatte Ramelow den Auftrag, den Sozialplan zu verhandeln – oder als letzte Instanz eine allerletzte Inszenierung zu schaffen, um spektakulär neue Verhandlungen zu erzwingen...

„Traut Ihr Euch eine Besetzung zu, das Werk quasi illegal zu betreiben?“ lautete seine Frage. Das hätte wahrscheinlich Nachwendegeschichte neu geschrieben. Das war in der deutschen Nachkriegsgeschichte nur zweimal geschehen: 30 Jahre zuvor beim Zementwerk Erwitte im Ostwestfälischen und einmal in einer Glasfabrik bei Kassel. Doch die Älteren waren dagegen. Zu hoch das Risiko...

Der einzig mögliche Partner Ramelows, der sich mit Großkonflikten auskannte, aber selbst vor dem Zusammenbruch stand und diesen Job gar nicht wollte, saß in der Thüringer Staatskanzlei. Deren Chef hieß Andreas Trautvetter (CDU). Dieser lehnte den Vermittler Ramelow erst einmal ab. „Ich war um Längen nicht sein Niveau...“ Doch der Chef der Treuhand-Rechtsabteilung in Berlin, sein Name war Bayerreuther, gelernter bayerischer Arbeitsrichter, machte Trautvetter klar, diese Haltung sei verkehrt.

„Trautvetter war ein Schlitzohr“, so Ramelow. Der Kleinschmalkalder und einstige DDR-Grenztruppenoffizier, 20 Jahre nach der Wende noch immer im CDU-Landesvorstand, begriff, dass für das nicht zu rettende Werk jetzt eine riesige Beschäftigungsgesellschaft entwickelt werden müsste – aus der Bundesanstalt für Arbeit finanziert – für die hochqualifizierten Fachleute zur Werkssicherung mindestens ein Jahrzehnt, für Qualifizierung und Weiterbildung, für den „Verleih“ von Fachkräften an Bauunternehmen. Es galt, die Schaffung eines internen Arbeitsmarktes in Gang zu setzen mit Überleitung in normale Beschäfti-

gung.

Dies jedoch sollte Wirtschaftsminister Schuster hintertreiben. Die Erklärung war einfach: Schuster und Trautvetter waren einander spinnefeind. „Sie konnten offenbar nicht miteinander reden“, kapitulierte der Unterhändler. Dabei war die Treuhand bereit, die gesamten Lohnkosten für zwei Jahre und die Abfindung zu kapitalisieren. „Richtig viel Geld.“ Aus den Zinserträgen der Millionen würde regelmäßig Geld zufließen, zusätzliche (europäische) Mittel, und die Bundesanstalt würden Weiteres tun. Die IG Metall hatte einen GmbH-„Mantel“ konzipiert, dessen Eigentümer die Bergleute selbst sein sollten. Ein Geschäftsführer war abgeordnet. Und Kapital aus dem Streikfonds aus internationalen Solidaritätsmitteln war da...

Nach solch emotionaler Demütigung dank Schuster gab es nur noch einen Weg, wie es die Kumpel empfangen. Betriebsrats-Vize Gerhard Jüttemann unterschrieb den „Kapitulationsvertrag“ – und sprach das böse Wort vom „Judas-Lohn“, den er jetzt empfangen werde... Am Ende unterschrieb jeder einzelne Kumpel...

Ramelow hatte nur noch ein Ziel: Die Verlierer, die partiell vor Gewaltausbrüchen standen – eine Hundertschaft in Nordhausen lag bereit – sollten erhobenen Hauptes rausgehen. Das bedeutete für ihn: „Jetzt sollen sie bei der Treuhand richtig bluten!“ 650 Leute mal zwei Jahresgehälter, plus, plus, plus... – Frau Breuel rechnete die Bruttosumme zusammen. Und informierte die Westpresse. Siehe oben... So wurde in Massenarbeitslosigkeit statt in Massensanierung finanziert. Statt Investitionen in Menschen kamen „kalte Sanierer“.

Ramelows Resümee im Jahr 2010: „Hätte man die ostdeutschen Kali-Betriebe saniert, hätte man einen Nukleus bilden können für eine neue gesamtdeutsche Kali-Industrie.“ Und: „In den zurückliegenden sechs Jahren hätte Bischofferode schon Geld verdient.“ Stattdessen war auch 20 Jahre nach der Wende das Werk in Funktion, beschäftigt mit Verfestigungsarbeiten. Die Schließungskosten hatten sich mittlerweile

verzehnfacht, ein Weiterbetrieb wäre billiger gewesen...

„Doch die Westgewerkschaft brachte es nicht fertig, sich der grassierenden Antikommunikation entgegenzusetzen“, so des Unterhändlers deprimierende Analyse dieses unfassbarsten aller Ar-

beitskämpfe im Osten. „Aber es gab auch große Erfolge beim Aufbau Ost“, vergisst er nicht hinzuzufügen.



Nächste Folge: Wie 14 000 protestierende Thüringer Lehrer ein neues Schulsystem erzwangen.